Demografischer Wandel und Fachkräftemangel im Oberrheingebiet

Plenarsitzung vom 15. Juni 2015

Der Oberrheinrat in seiner Plenarsitzung am 15. Juni 2015 und auf Vorschlag der Kommission Kultur- Jugend-Bildung:

1. sieht in der demografischen Entwicklung, der Veränderung der Altersstrukturen, dem kommenden Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung und dem Rückgang der für eine Berufsausbildung zur Verfügung stehenden Bevölkerungsgruppe eine große Herausforderung für die Politik der gesamten Oberrheinregion,

2. sieht einen steigenden Fachkräftebedarf in einzelnen Berufsgruppen und spricht sich für eine grenzüberschreitende Koordinierung der Nutzung der Potentiale der Oberrheinregion bei Ausbildung und Weiterbildung aus,

3. erwartet, dass gerade durch den Wandel in der Altersstruktur der Bevölkerung vor allem die Pflegeberufe in den kommenden Jahrzehnten belastet werden und dort mit einem Fachkräftemangel umgegangen werden muss,

4. sieht deshalb die Probleme im Bereich der Pflegeberufe als Herausforderung für die Zukunft an und fordert dazu auf, eine gemeinsame grenzüberschreitende Strategie für den Bereich des Oberrheins zu erarbeiten und erachtet die von der Oberrheinkonferenz in Auftrag gegebene Studie zur Situation der medizinischen Berufe im Oberrheingebiet als hoch sinnvoll,

5. betont, dass der demografische Wandel ein langanhaltender Prozess ist und deshalb von der Politik langfristig und nachhaltig begleitet werden muss, um die Situation für die Bürger im Oberrheingebiet und auch darüber hinaus positiv zu beeinflussen,

6. betont, dass die Bildung von grenzüberschreitenden Netzwerken mit den beteiligten Akteuren der Teilregionen ein probates Mittel sein kann,

7. erwähnt deshalb ausdrücklich den „Service de Placement Transfrontalier – Service für Grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung“ der Bundesagentur für Arbeit und Pôle emploi mit den Beratungsstandorten Haguenau, Wissembourg, Karlsruhe, Rastatt und Landau, und unterstreicht den Vorbildcharakter des Vermittlungsservices,

8. weist darauf hin, dass die Erarbeitung von Möglichkeiten der Verbesserung der beruflichen und räumlichen Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Pflegearbeitsmarkt notwendig ist, und betont, dass neben einer fachlichen Qualifizierung auch eine sprachliche Qualifizierung unerlässlich ist,

9. spricht sich dafür aus, dass gerade auch Jugendlichen die Pflegeberufe näher gebracht werden müssen und gleichzeitig Anreize geschaffen werden, dass dieser Berufszweig als Zukunftsperspektive wahrgenommen wird, und betont, dass gerade die sprachliche Qualifikation schon im frühen Alter beginnen muss,

10. sieht deshalb die Pläne für eine Unterrichts-Reform der französischen Regierung mit Kürzungen des Deutschunterrichts sehr kritisch und betont, dass in grenzüberschreitenden Bereichen wie der Oberrheinregion die jeweilige Sprache des Nachbarn wichtiges Mittel der Kommunikation in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist und somit Grundstein der deutsch-französisch-schweizerischen Partnerschaft und Freundschaft ist und die politischen Bemühungen der letzten Jahrzehnte zurückwirft.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- die Bildungsministerin der französischen Regierung
- den Präfekten der Région Alsace
- die Région Alsace, die Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin
- die Landesregierung Baden-Württemberg
- die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- die Nordwestschweizer Regierungskonferenz